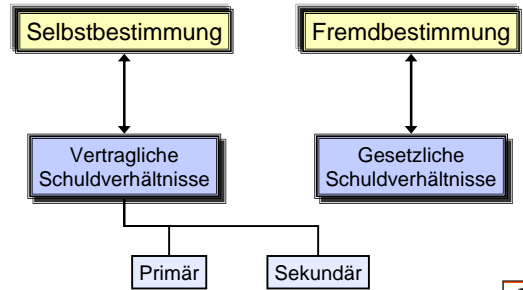


Bürgerliches Vermögensrecht II

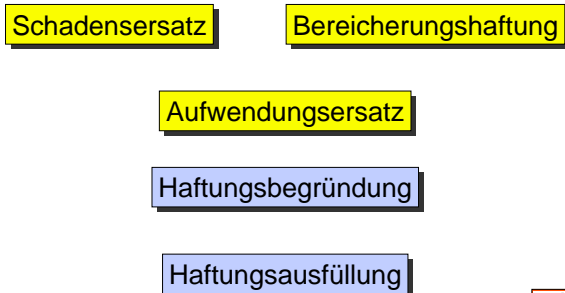
Professor Dr. Dr. h.c. Helmut Rießmann
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,
Zivilprozessrecht und Rechtsphilosophie



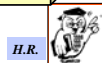
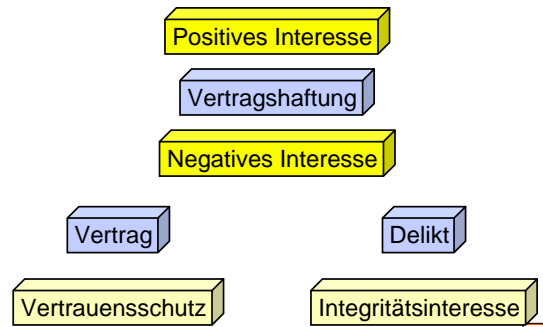
Begründung von Rechten und Pflichten



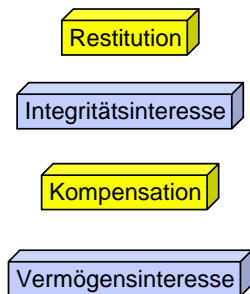
Gesetzliche Ausgleichsansprüche



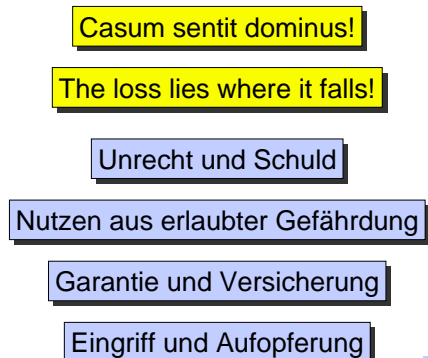
Haftung und Interessenschutz

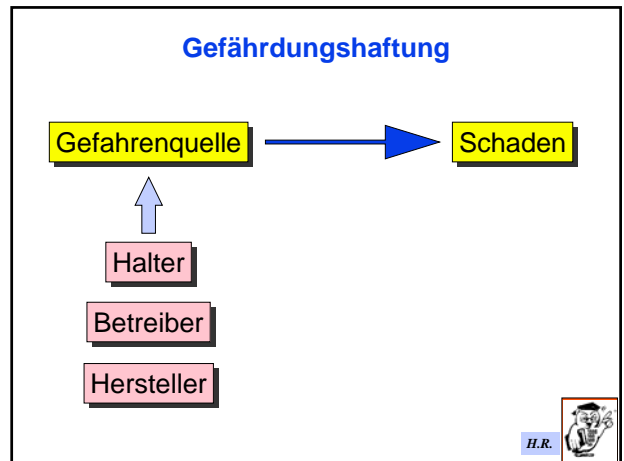
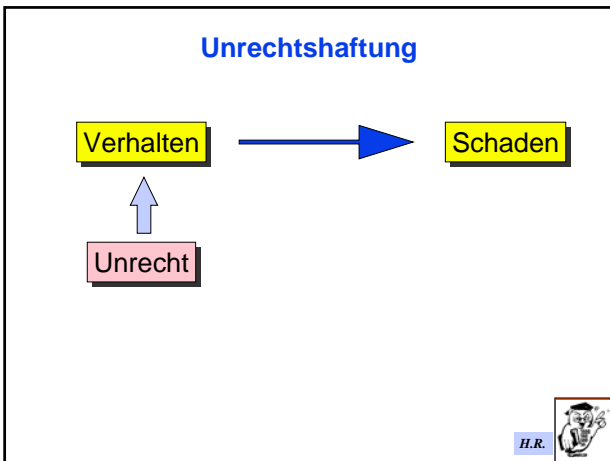


Interessenschutz und Schadensrecht



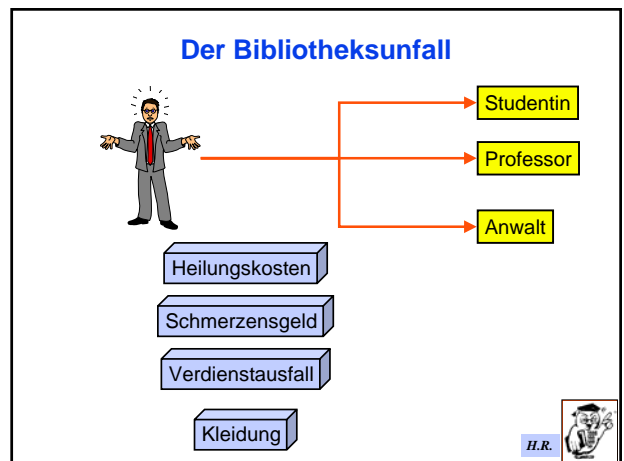
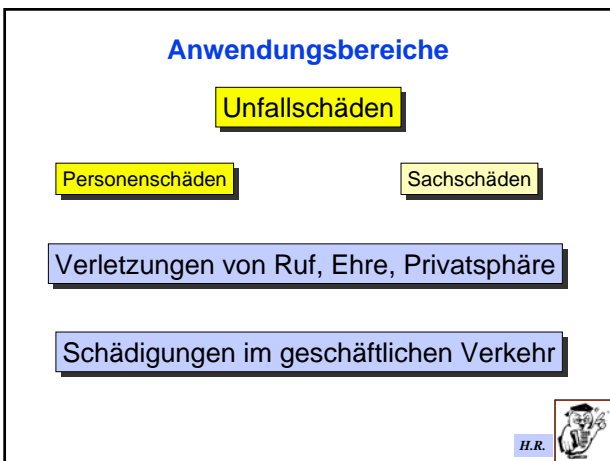
Schadenzurechnung und -abwälzung





- ### Unrechtshaftungstatbestände
- **§ 823 Abs. 1 BGB**
Vorsätzliche oder fahrlässige Rechtsgutsverletzung
 - **§ 823 Abs. 2 BGB**
Mindestens fahrlässige Verletzung eines Schutzgesetzes
 - **§ 826 BGB**
Vorsätzlich sittenwidrige Schadenszufügung
 -
- H.R.

- ### Gefährdungshaftungstatbestände
- **§ 7 Abs. 1 StVG**
Rechtsgutsverletzung beim Betrieb eines Kraftfahrzeugs
 - **§ 1 Abs. 1 Produkthaftungsgesetz**
Rechtsgutsverletzung beim bestimmungsgemäßen Gebrauch eines Produkts
 - **§§ 25 bis 26 Atomgesetz**
Rechtsgutsverletzung beim Betrieb eines Atomkraftwerks oder -schiffes oder aus dem Besitz nuklearen Materials
 -
- H.R.



BGB-Lösung

- Haftungsbegründung
 - ♦ Personenschaden
§§ 823 Abs. 1, 823 Abs. 2 BGB mit § 229 StGB
 - ♦ Sachschaden
§ 823 Abs. 1 BGB
- Haftungsausfüllung
 - ♦ Heilungskosten § 249 Abs. 2 BGB
 - ♦ Schmerzensgeld § 253 BGB
 - ♦ Verdienstausfall § 252 BGB
 - ♦ Kleidung § 249 Abs. 2 oder § 251 BGB

H.R.



Gesamtrechtsordnung - Studentin

- Haftungsbegründung
 - ♦ Personenschaden
Haftungsausschluss nach §§ 104, 105, 106 Abs. 1 Nr. 1, 2 Nr. 8 c SGB VII
 - ♦ Sachschaden
§ 823 Abs. 1 BGB
- Haftungsausfüllung
 - ♦ Heilungskosten **Ausschluss**
 - ♦ Schmerzensgeld **Ausschluss**
 - ♦ Verdienstausfall **Ausschluss**
 - ♦ Kleidung § 249 Abs. 2 oder § 251 BGB

H.R.



Gesamtrechtsordnung - Professor

- Haftungsbegründung
 - ♦ Personenschaden
§§ 823 Abs. 1, 823 Abs. 2 BGB mit § 229 StGB
 - ♦ Sachschaden
§ 823 Abs. 1 BGB
- Haftungsausfüllung
 - ♦ Heilungskosten § 249 Abs. 2 BGB
§ 67 Abs. 2 VVG
Beamtenrecht
 - ♦ Schmerzensgeld § 253 BGB
 - ♦ Verdienstausfall § 252 BGB
§ 52 BRRG
 - ♦ Kleidung § 249 Abs. 2 oder § 251 BGB

H.R.



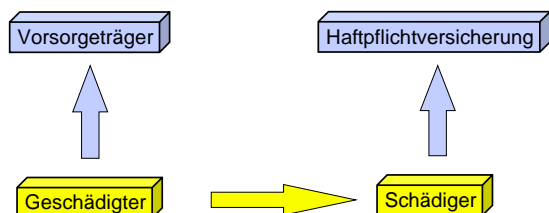
Gesamtrechtsordnung - Angestellter Anwalt

- Haftungsbegründung
 - ♦ Personenschaden
§§ 823 Abs. 1, 823 Abs. 2 BGB mit § 229 StGB
 - ♦ Sachschaden
§ 823 Abs. 1 BGB
- Haftungsausfüllung
 - ♦ Heilungskosten § 249 Abs. 2 BGB
§ 116 SGB X
 - ♦ Schmerzensgeld § 253 BGB
 - ♦ Verdienstausfall § 252 BGB
§ 6 EFZG
 - ♦ Kleidung § 249 Abs. 2 oder § 251 BGB

H.R.



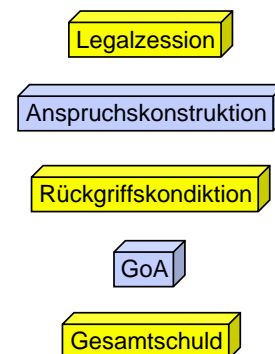
Schadenstragungssystem



H.R.



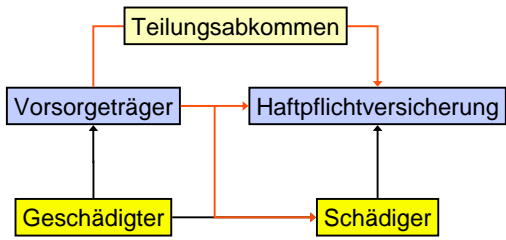
Regressmodelle



H.R.



Schadenstragungssystem



BGB-Regresskonstrukte

§ 812 Abs. 1 Satz 1 Fall 2 BGB

§§ 670, 683, 677 BGB

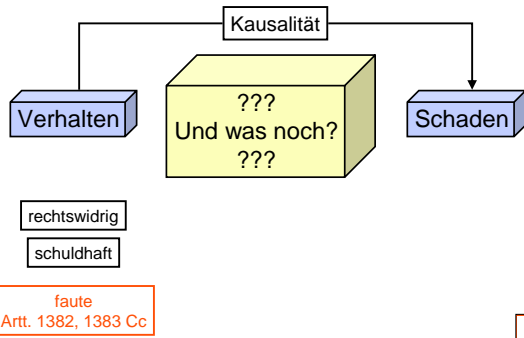
§ 255 BGB

§ 285 BGB

§§ 426 Abs. 1, 421 BGB



Haftung für Unrecht



Verhalten

Steuerungsfähigkeit durch den Willen des Menschen

Reflexauslösung

BGHZ 39, 103 - Kegelunfall

Bewusstlosigkeit

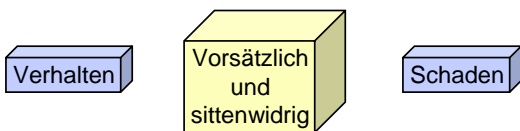
BGHZ 23, 90 - Verkehrsunfall - § 7 StVG

BGH NJW 1987, 121 - Verkehrsunfall - § 823 BGB

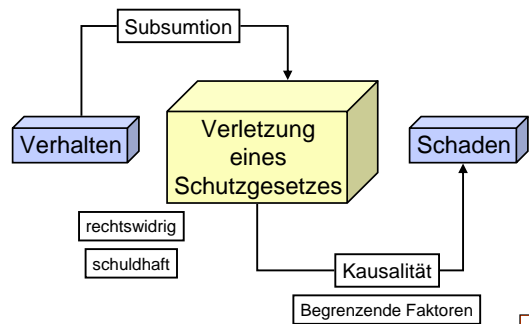
Beweislast



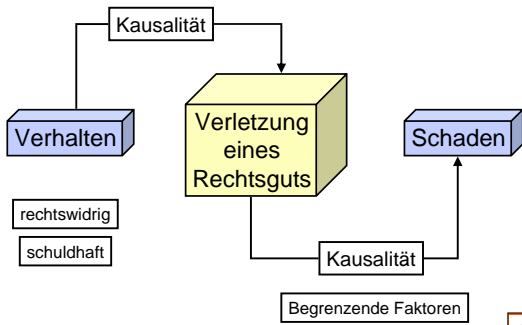
Haftung für Unrecht - § 826 BGB



Haftung für Unrecht - § 823 Abs. 2 BGB



Haftung für Unrecht - § 823 Abs. 1 BGB



H.R.



Widerrechtlichkeit - Rechtswidrigkeit

- Erfolgsunrecht
 - ♦ Allein der Erfolg lässt eine Handlung als rechtswidrig erscheinen.
 - ♦ Der Erfolg indiziert die Rechtswidrigkeit.
 - ♦ Rechtfertigungsgründe schließen die Rechtswidrigkeit aus.
- Handlungsunrecht
 - ♦ Ein Verhalten ist rechtswidrig, wenn es ein Handlungsgebot verletzt oder ein Handlungsverbot erfüllt.
 - ♦ Prüfung von Gebots- und Verbotsnormen

H.R.



Günther Jahr

- Rechtswidrigkeit wird begründet:
- durch die Usurpation fremder ausschließlicher Handlungsbefugnisse gegenüber dem Handlungsberechtigten,
- durch die Verletzung von Sorgfaltspflichten (Pflichten zu alternativem Verhalten) gegenüber allen anderen.

H.R.



Verschulden

- Vorsatz
 - ♦ Verwirklichung eines rechtswidrigen Erfolges mit Wissen und Wollen
- Fahrlässigkeit
 - ♦ Außerachtlassung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt
 - Vorhersehbarkeit des schädlichen Erfolges
 - Vermeidbarkeit des Verhaltens
 - Zumutbarkeit des Alternativverhaltens
 - ♦ Normale Fahrlässigkeit
 - ♦ Grobe Fahrlässigkeit
 - ♦ Konkrete Fahrlässigkeit - *diligentia quam in suis rebus adhibere solet*

H.R.



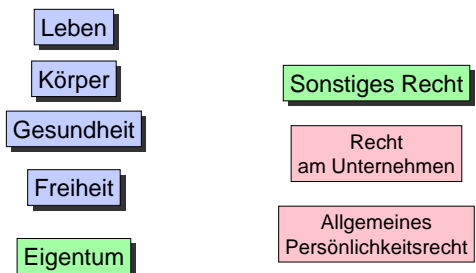
Fahrlässigkeit im Zivilrecht

- Objektiv-typisierende, normative Festlegung der im Verkehr geschuldeten Sorgfalt
- Subjektiv-individuelle Unfähigkeit entschuldigt nicht.
- Subjektiv-individuelle, über dem Durchschnitt liegende Fähigkeiten werden geschuldet (jedenfalls im Vertragsbereich).

H.R.



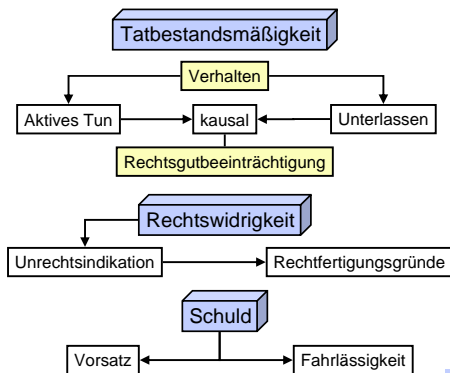
Rechtsgüterschutz nach § 823 Abs. 1 BGB



H.R.



Traditioneller Prüfungsaufbau



H.R.



Hintergrund

- Paradigmatische Situationen
 - ♦ Schlag auf die Nase
 - ♦ Fahrt gegen den Zaun
 - ♦ ...
- Problemsituationen
 - ♦ Herstellung von Jagdwaffen
 - ♦ Verkauf eines Autos
 - ♦ Überrollen eines vom Fahrer unter keinen Umständen erkennbaren Kindes

H.R.



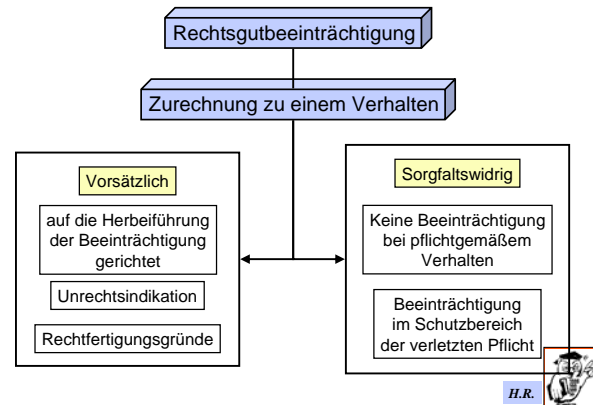
Differenzierungen in der Rechtswidrigkeit

- Qualifizierung eines Verhaltens
 - ♦ Verstoß gegen Verhaltenspflichten
 - ♦ Verhaltensunrecht
 - ♦ ...
- Begründung von Duldungspflichten
 - ♦ Verneinung auch gegenüber normgemäßem Verhalten
 - ♦ Erfolgsunrecht
 - ♦ ...
- Veränderung des Prüfungsaufbaus

H.R.



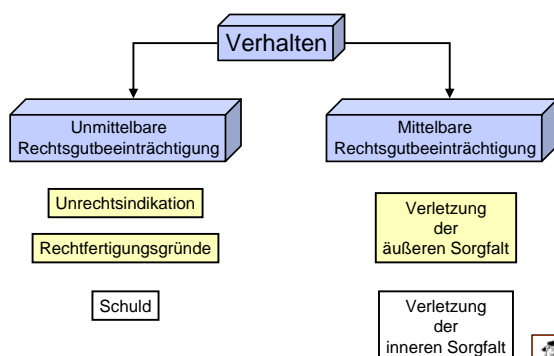
Moderner Prüfungsaufbau



H.R.



Vermittelnde Lösung



H.R.

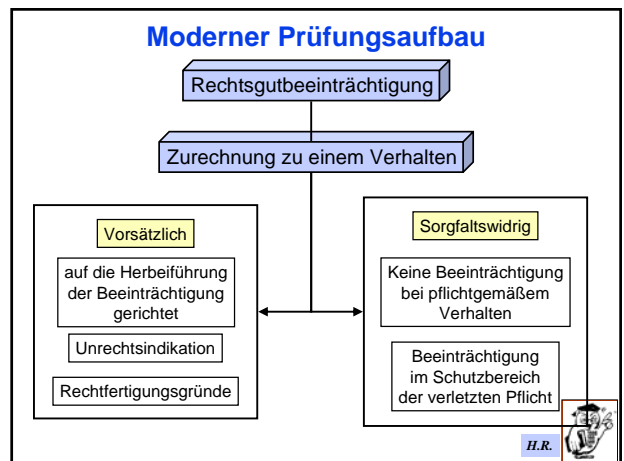
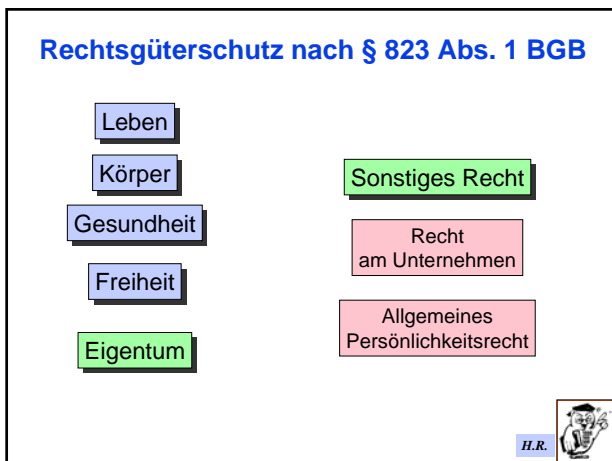
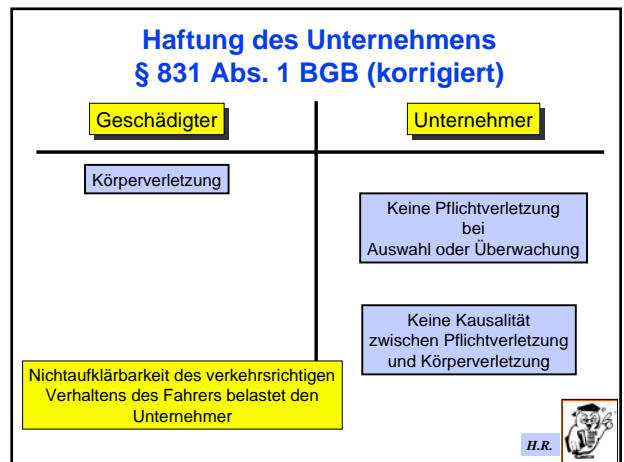
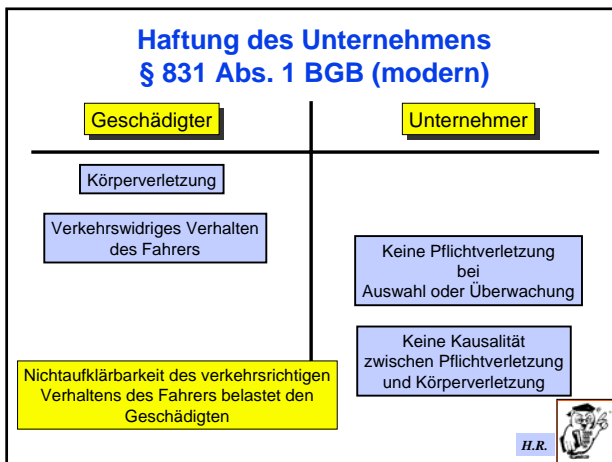
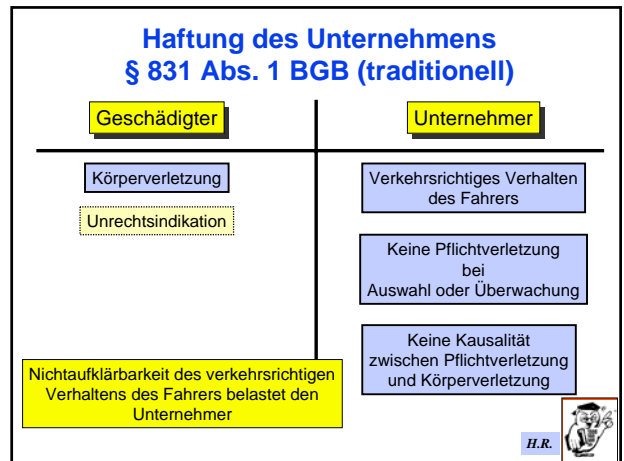
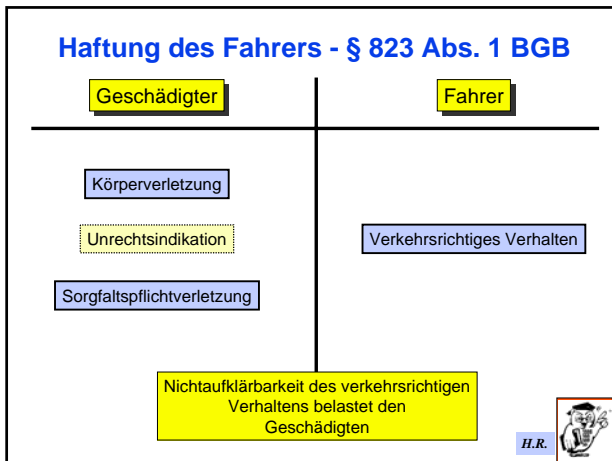


Straßenbahnfall - BGHZ 24, 21

Der Kläger erlitt am 2. Juni 1951 beim Besteigen einer Straßenbahn einen Unfall, bei dem er den rechten Fuß verlor. Nach seiner Behauptung war es zu dem Unfall gekommen, weil die Straßenbahn zu früh abgefahren sei. Der Schaffner habe das Abfahrtssignal gegeben und der Fahrer sei abgefahren, obwohl für beide erkennbar gewesen sei, dass er, der Kläger, noch im Begriffe gewesen sei, auf die vordere Plattform zu steigen. Auf das Notsignal des Schaffners habe der Fahrer nicht sofort gehalten. Er verlangt von der beklagten Straßenbahngesellschaft Schadensersatz sowie Schmerzensgeld. Die Beklagte machte hingegen geltend, der Kläger sei aus einer Gruppe von Wartenden plötzlich auf den bereits fahrenden Zug gesprungen. Außerdem sei er betrunken gewesen. Welche der beiden Darstellungen richtig ist, konnte nicht mehr aufgeklärt werden.

H.R.





Elemente der Pflichtbegründung

- Garantenstellung
- Vermeidbarkeit
 - ♦ Kausalitätsmoment
 - ♦ Steuerungsmoment
- Vorhersehbarkeit
 - ♦ Erkennbarkeit der Gefahr
 - ♦ Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts
- Kostenvergleich
 - ♦ Pflicht zur Schadensabwehr, wenn deren Kosten geringer sind als der Schadenserwartungswert
 - ♦ $D(SA), \text{ wenn } K(SA) < S * p(E)$



Garantenstellung

- Obhut und Fürsorge
 - ♦ Eltern, Lebensgefährten, ...
 - ♦ Beruf
- Schaffung und Unterhaltung von Gefahrenquellen
 - ♦ Geschäftsherr § 831 Abs. 1 BGB
 - ♦ Aufsichtspflichtiger § 832 Abs. 1 BGB
 - ♦ Tierhalter § 833 BGB
 - ♦ Gebäude“Halter“ §§ 836 bis 838 BGB
 - ♦ (Verkehrs-)Sicherungspflichten **Rechtsprechung**
- Einrücken in die Stellung des Erstgaranten
 - ♦ tatsächlich
 - ♦ rechtlich

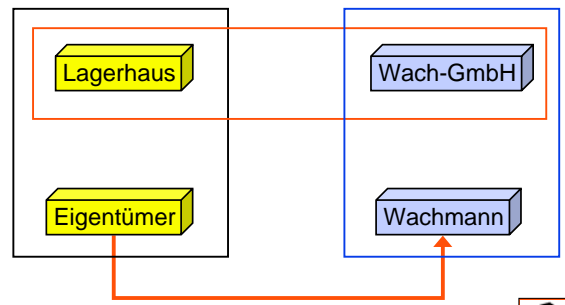


Übernahme und Übertragung

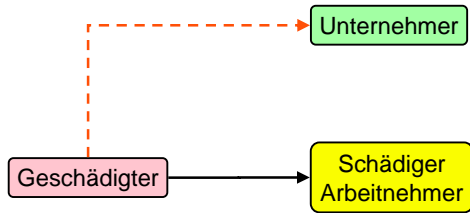
- Gesetzlich normiert
 - ♦ für den Geschäftsherrn § 831 Abs. 2 BGB
 - ♦ für den Aufsichtspflichtigen § 832 Abs. 2 BGB
 - ♦ für den Tierhalter § 834 Satz 1 BGB
 - ♦ für den Gebäudebesitzer § 838 BGB
- Von der Rechtsprechung (widersprüchlich) gehandhabt
 - ♦ für den Verkehrssicherungspflichtigen



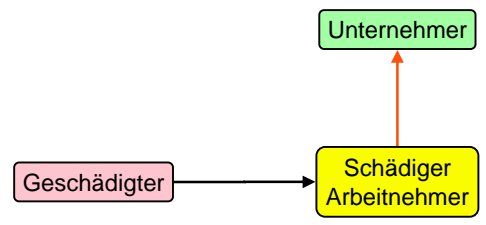
Wachmannfall - BGH VersR 1988, 34



Arbeitnehmeraußenhaftung

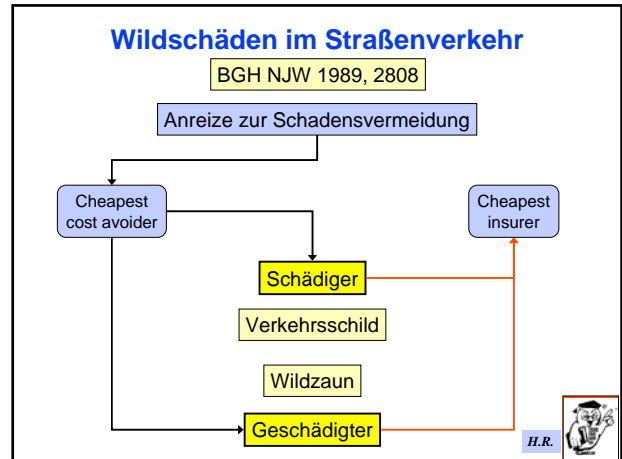
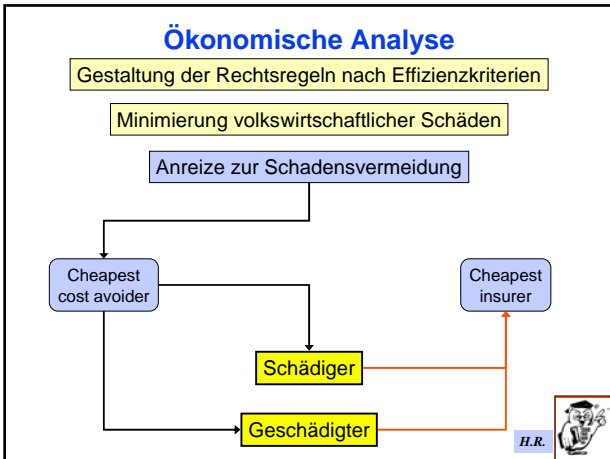


Freistellungsanspruch



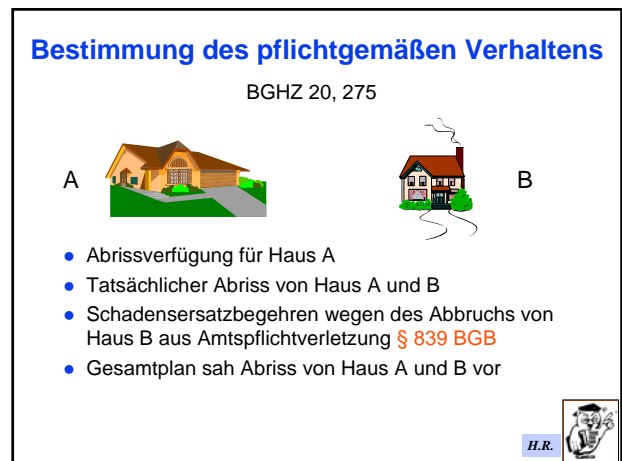
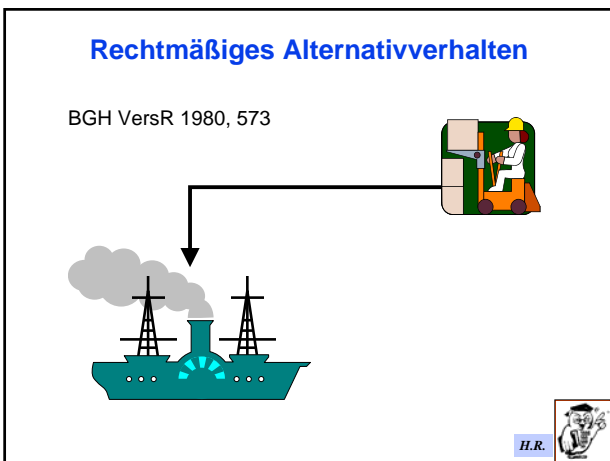
Soweit der Arbeitnehmer für einen dem Arbeitgeber zugefügten Schaden nicht haften müsste, hat er mit Blick auf den einem Dritten zugefügten Schaden einen Freistellungsanspruch gegen den Arbeitgeber.



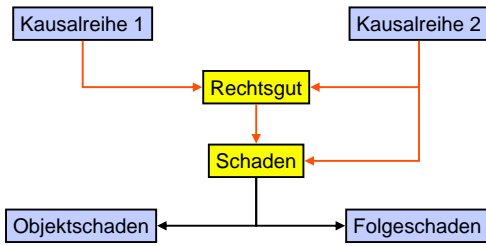


- ### Kausalität der Pflichtwidrigkeit
- Pflichtgemäßes Verhalten hätte die Beeinträchtigung (Verletzung) verhindert
 - Conditio-Formeln
 - ♦ conditio sine qua non
 - ♦ conditio cum qua non
 - Wahrheit eines irrealen Konditionals
 - Rechtmäßiges Alternativverhalten
 - Schutzzumfang der verletzten Pflicht
 - ♦ geschützter Personenkreis
 - ♦ geschützte Interessen (Rechtsgüter)
-

- ### Zurechnung und Kausalität
- Zurechnung trotz fehlender Kausalität
 - ♦ Außerachtlassung rechtmäßigen Alternativverhaltens
 - ♦ Außerachtlassung hypothetischer (alternativer) Kausalverläufe
 - Nichtzurechnung trotz gegebener Kausalität
 - ♦ Adäquanzlehre
 - ♦ Schutzbereichslehre
 - ♦ Lehre vom Rechtswidrigkeitszusammenhang
-



Alternative Kausalverläufe



- Gestaltungsmöglichkeiten (zeitlich)
 - Reihe 1 vor Reihe 2
 - Reihe 1 nach Reihe 2
 - Reihe 1 zeitgleich mit Reihe 2



Haftung des Urhebers von Reihe 1

- Reihe 1 vor Reihe 2
 - Haftungsbefreiung, wenn Reihe 2 den ersatzlosen Wegfall des durch Reihe 1 verletzten Gutes bewirkt hätte
 - Haftung, wenn Reihe 2 einen Ersatzanspruch des Geschädigten ausgelöst hätte
- Reihe 1 nach Reihe 2
 - Keine Haftung des Urhebers von Reihe 1
- Reihe 1 gleichzeitig mit Reihe 2
 - Haftungsbefreiung, wenn Reihe 2 den ersatzlosen Wegfall bewirkt
 - Gesamtschuldhaftung der Urheber der beiden Kausalreihen aus dem Gesichtspunkt der Nebentäterschaft



Adäquanzlehre - BGHZ 3, 261

- Eine Begebenheit ist adäquate Bedingung eines Erfolges, wenn sie die objektive Möglichkeit eines Erfolges von der Art des eingetretenen generell in nicht unerheblicher Weise erhöht hat. Bei der dahin zielenden Würdigung sind lediglich zu berücksichtigen
 - a) alle zur Zeit des Eintritts der Begebenheit dem optimalen Beobachter erkennbaren Umstände,
 - b) die dem Setzer der Bedingung noch darüber hinaus bekannten Umstände.
- Die Prüfung ist unter Heranziehung des gesamten im Zeitpunkt der Beurteilung zur Verfügung stehenden Erfahrungswissens vorzunehmen.



Schutzbereichslehre

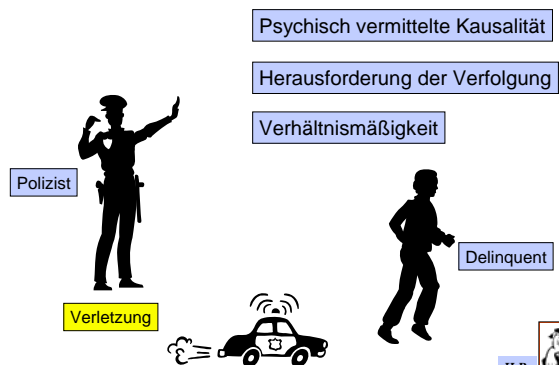
- Haftungsbegründung
 - Zurechnung nur solcher Rechtsgutsverletzungen, die zu verhindern das Ziel der verletzten Pflicht zu alternativem Verhalten war.
- Haftungsausfüllung
 - Zurechnung der Entwicklungen, die sich der verletzungsbedingten Risikoerhöhung verdanken
 - Herausnahme der Entwicklungen, die sich als Verwirklichung eines allgemeinen Lebensrisikos darstellen

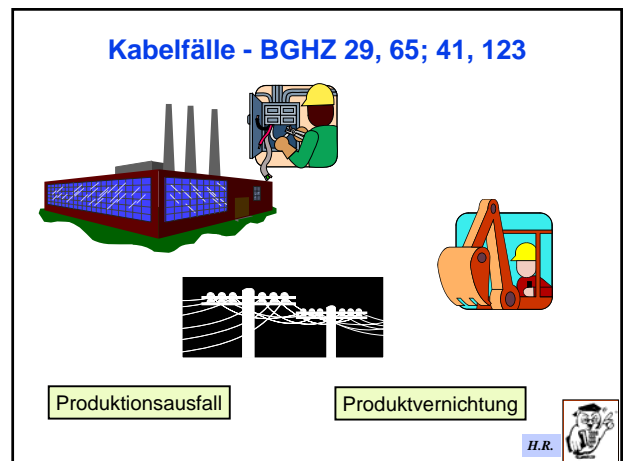
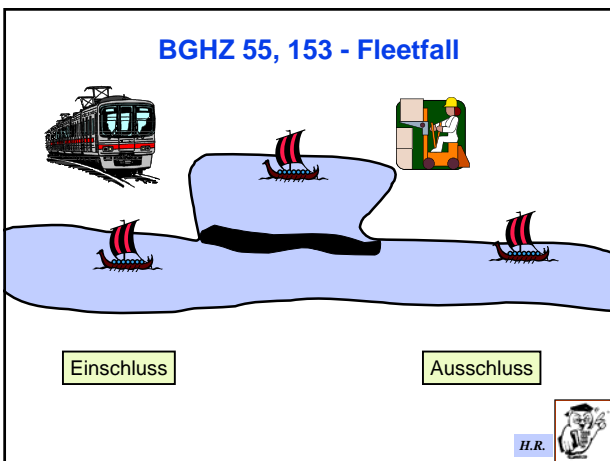
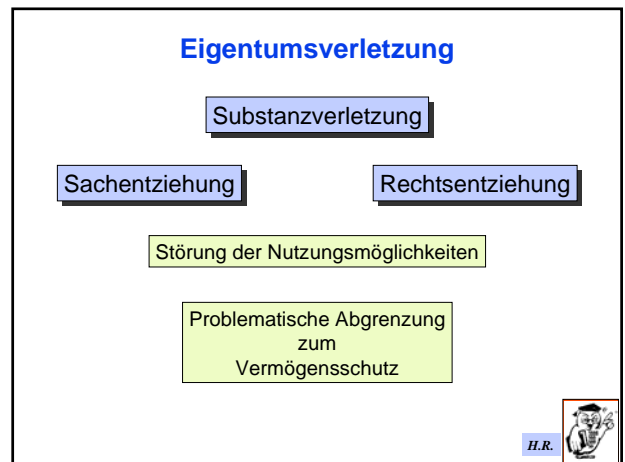
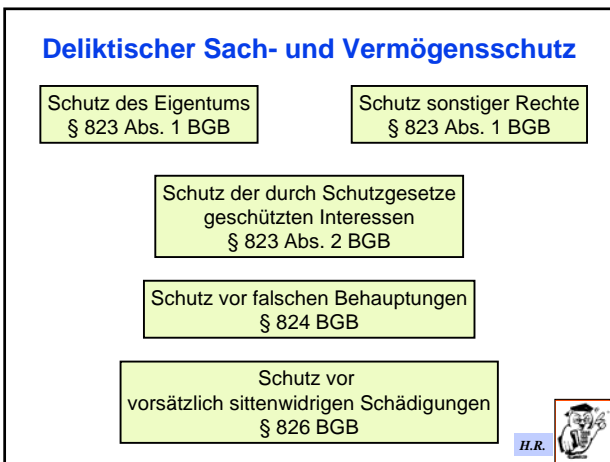
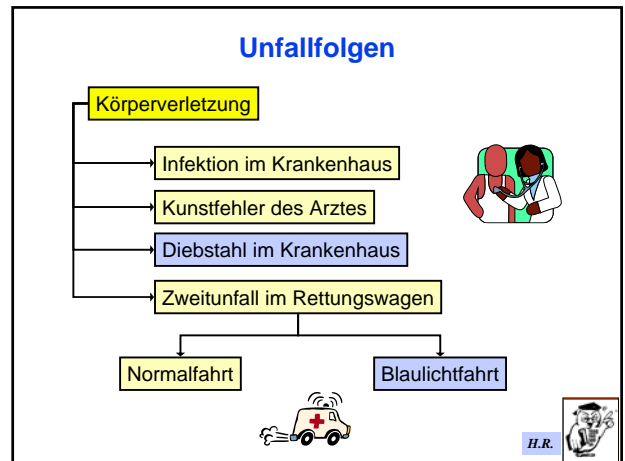
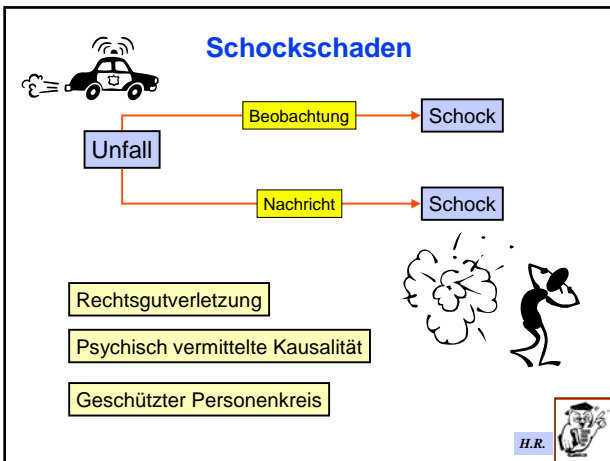


Grünstreifenfall - BGHZ 58, 162



Verfolgerverletzungen





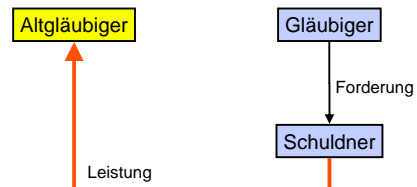
Sonstige Rechte - § 823 Abs. 1 BGB

- Beschränkte dingliche Rechte an Sachen
 - ♦ Pfandrechte, Nießbrauch, Dienstbarkeiten, Anwartschaftsrecht ...
- Besitz
- Recht auf wirtschaftliche Verwertung kreativer Leistungen (geistiges Eigentum)
 - ♦ Urheberrecht, Patentrecht, Warenzeichenrecht ...
- Forderung
- Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb (Recht am Unternehmen)



Forderung als sonstiges Recht

- Entwertung der Forderung
 - ♦ kein deliktischer Schutz aus § 823 Abs. 1 BGB
- Eingriff in die Forderungszuständigkeit



Recht am Unternehmen

Rahmenrecht

Entwicklung von Verhaltenspflichten zum Schutz des Unternehmens

Fallgruppen

Schutzrechtsverwarnung

Kritik gewerblicher Leistungen

Abschneiden von Infrastrukturleistungen

Boycott



Schäden im gewerblichen Verkehr

Handlungen

Mit Wettbewerbsabsicht

Ohne Wettbewerbsabsicht



Schäden im gewerblichen Verkehr

Schutz des Eigentums
§ 823 Abs. 1 BGB

Schutz sonstiger Rechte
§ 823 Abs. 1 BGB

Schutz der durch Schutzgesetze
geschützten Interessen
§ 823 Abs. 2 BGB

Schutz vor falschen Behauptungen
§ 824 BGB

Schutz vor
vorsätzlich sittenwidrigen Schädigungen
§ 826 BGB



Fallgruppen

Verletzung von Schutzrechten

Zugangssperren

Verwässerung berühmter Marken

Konkursverschleppung

Schutzrechtsverwarnungen

Gläubigergefährdung

Streik

Satirisch-scherzhafte Anspielungen

Boycottaufruf

Unberechtigte Verfahreseinleitungen

Kritik gewerblicher Leistungen

Ausnutzung fremden Vertragsbruchs

Abschneiden von Versorgungseinrichtungen



Boykottaufruf

- Mit wettbewerblicher Zielsetzung
 - ♦ verbotener Eingriff in das Recht am Unternehmen
- Ohne wettbewerbliche Zielsetzung
 - ♦ ohne Ausübung wirtschaftlichen Drucks
 - geschützt durch die Meinungsäußerungsfreiheit
 - ♦ mit Ausübung wirtschaftlichen Drucks
 - verbotener Eingriff in das Recht am Unternehmen

BVerfGE 7, 198 (Lüth)
BGHZ 80, 25 (Wallraff)

BVerfGE 25, 256 (Blinkfuer)
BGH NJW 1985, 60 (Kaffeeröster)

H.R.



Kritik gewerblicher Leistungen

- BGB und RG-Rechtsprechung
 - ♦ Unzutreffende Tatsachenbehauptung
 - § 823 Abs. 2 BGB mit §§ 186, 187 StGB
 - § 824 BGB
 - ♦ Werturteil (Meinungsäußerung)
 - § 823 Abs. 2 BGB mit § 185 StGB (193!)
- BGH-Rechtsprechung
 - ♦ § 823 Abs. 1 BGB (Recht am Unternehmen)
 - ♦ BGHZ 3, 270
 - „... muß ... das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb nicht nur in seinem eigentlichen Bestand, sondern auch in seinen Erscheinungsformen, wozu der gesamte gewerbliche Tätigkeitsbereich zu rechnen ist, vor unmittelbaren Störungen bewahrt bleiben“ (279, 280)

H.R.



Constanze - BGHZ 3, 270

Die Verleger machen mit dem scheinbaren Zusammenbruch der Begriffe von Anstand und Würde ihre Geschäftchen; sie vertauschen die saubere kaufmännische Werbung und Absatzkalkulation mit der gewissenlosen Spekulation auf die primitiven Instinkte des müde gewordenen Volkes; die Frauenzeitschrift „Constanze“ der Klägerin ist eine Blüte aus dem Sumpf der fragwürdigen Kulturscheinungen nach Art der Magazine zu nennen; der christliche Leser der Frauenzeitschrift „Constanze“ vergißt mit dem Empfang der Zeitschrift, was er der Ehre seiner Frau und Tochter, und was er der Erziehung seiner heranwachsenden Kinder schuldig sei.

Kirche und Welt

H.R.



Constanze-Doktrin

- Gewerbeschädigende Äußerungen sind grundsätzlich unzulässige Eingriffe in das Recht einer störungsfreien Entfaltung des gewerblichen Tätigkeitskreises
- Widerrechtlichkeit ausgeschlossen bei
 - ♦ sachlicher Kritik (Art. 5 Abs. 1 GG)
 - ♦ Wahrnehmung berechtigter Interessen (arg. § 193 StGB)
 - „objektiv nach Inhalt, Form und Begleitumständen das gebotene und notwendige Mittel zur Erreichung eines rechtlich gebilligten Zweckes ...“ (280)

Umkehr in BGHZ 45, 296 „Höllener“

H.R.



Höllener - BGHZ 45, 296

Der Titel „Brennt in der Hölle wirklich ein Feuer?“ im „stern“ 2/62 ist „eine auf Dummenfang abzielende Überschrift“. In dem Aufsatz „Brennt in der Hölle wirklich ein Feuer?“ sind „un glaublich dreiste und kirchenrechtlich falsche Thesen über den Papst, das Verhältnis der kirchlichen Konfessionen zueinander und das bevorstehende Konzil an den Mann gebracht worden“. „Man täte dem „stern“ zu viel Ehre an, von ihm eine fundierte Meinung in religiösen und politischen Fragen zu erwarten. - Sein Maßstab ist die Straße. Ihr unterwirft sich die auflagenstärkste deutsche Illustrierte seit Jahren.“ „Meinungsfreiheit? Für den „stern“ heißt das: leichtfertige Verfälschung oder Unkenntnis der Fakten, Konfessionshetze ...“

Echo der Zeit

H.R.



Höllener-Doktrin

- Gewerbeschädigende Kritik ist - außerhalb von Wettbewerbsverhältnissen - grundsätzlich zulässig.
- Grenzen bei
 - ♦ Beitragen zu gemeinschaftswichtigen Fragen
 - „böswillige und gehässige Schmähkritik“
 - ♦ Äußerungen zu nicht gemeinschaftswichtigen Fragen
 - „einfache Schmähkritik“ (280)

Pflicht zur ordentlichen Recherche

H.R.



Vergleichende Warentests - BGHZ 65, 325

- Testberichte sind keine Tatsachenbehauptungen, sondern Wertungen.
- Wirkung als quasistaatliche Verbraucheraufklärung rechtfertigt Unternehmensschutz.
- Unzulässigkeit des Eingriffs durch Testberichte bei Verfahrensfehlern
- Testuntersuchungen müssen
 - ♦ neutral
 - ♦ objektiv
 - ♦ sachkundig durchgeführt sein.



Deliktsrechtlicher Schutz der Person

Schutz von Rechtsgütern
§ 823 Abs. 1 BGB

Schutz sonstiger Rechte
§ 823 Abs. 1 BGB

Leben
Gesundheit
Körper
Freiheit

Name
Bild
Urheberrecht
Ehe

Schutz der durch Schutzgesetze
geschützten Interessen
§ 823 Abs. 2 BGB

Schutz vor
vorsätzlich sittenwidrigen Schädigungen
§ 826 BGB



Allgemeines Persönlichkeitsrecht

Rahmenrecht

Entwicklung von Verhaltenspflichten zum Schutz der Persönlichkeit

Schutzbereiche

Recht auf Privatheit und Anonymität

Recht auf Korrektheit der Darstellung in der Öffentlichkeit

Recht auf informationelle Selbstbestimmung

Recht der persönlichen Ehre



Recht auf Privatheit und Anonymität

Absoluter Schutz der Intimsphäre

Jenseits der Intimsphäre

Abwägung
Medienfreiheit und Informationsrecht
versus
Recht auf Privatheit

Recht am eigenen nicht veröffentlichten Wort

Recht am privaten Bild

Recht auf Anonymität in der Berichterstattung

Recht auf Nichtbelästigung im Privatbereich



Personen der Öffentlichkeit

Teilnehmer am öffentlichen Meinungskampf

Tatsachenbehauptungen

Werturteile

unzutreffend

zutreffend

Kunstfreiheit und Persönlichkeitsrecht

Recht am eigenen öffentlichen Wort

Fixierung

Unzutreffendes Zitat

Unterschieben öffentlicher Äußerungen

Recht am eigenen öffentlichen Bild



Rechtsfolgen der Verletzung des APR

- Schadensersatz
 - ♦ Herstellung und Herstellungskosten
 - ♦ Kompensation
 - ♦ Schmerzensgeld
- Beseitigung
 - ♦ Gegenwärtige Quelle der Beeinträchtigung
- Unterlassung
 - ♦ Zukünftige Verletzungen
- Widerruf ehrverletzender Äußerungen



Schadensersatzleistung

Restitution

Herstellung in Natur

Ersatz der Herstellungskosten

Kompensation

des Vermögensverlustes in Geld

§ 253 BGB

bei Unmöglichkeit, Ungenügen oder Unzumutbarkeit der Restitution

H.R.



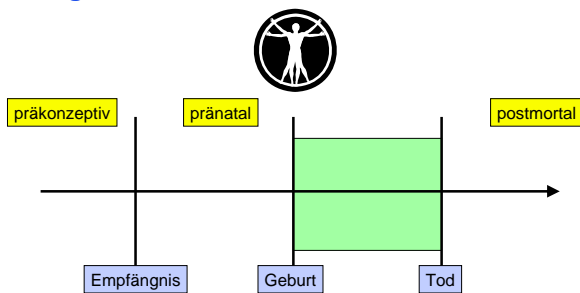
Widerruf ehrverletzender Äußerungen

- Eignung, Erforderlichkeit, Zumutbarkeit
- Werturteil
- Tatsachenbehauptung
 - unter vier Augen
 - in der Öffentlichkeit
 - wahr
 - unwahr
 - nicht erweislich
- BGHZ 69, 181
 - eingeschränkter Widerruf, wenn „ernstliche Anhaltspunkte“ für die Wahrheit der Behauptung fehlen

H.R.



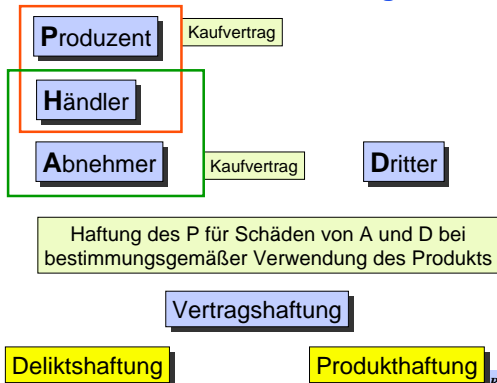
Beginn und Ende des Personenschutzes



H.R.



Produzentenhaftung



H.R.



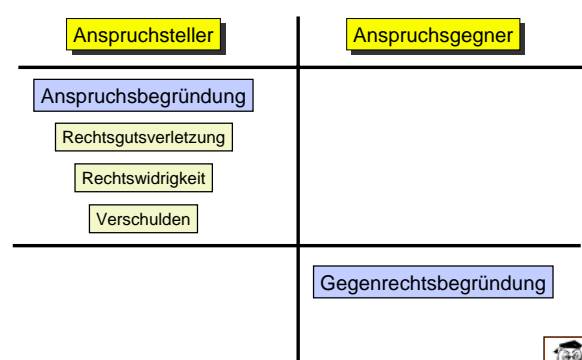
Deliktsrechtliche Begründung

- Historischer Ausgangspunkt
 - § 831 BGB
 - Entlastungsbeweis
- Grundlegung seit BGHZ 51, 91 - Hühnerpest
 - § 823 Abs. 1 BGB - Verkehrspflichtverletzung
 - Konstruktionspflicht
 - Fabrikationspflicht
 - Instruktionspflicht
 - Produktbeobachtungspflicht
 - Umkehr der Beweislast für das „Verschulden“

H.R.



Beweislast Deliktsrecht



H.R.



